

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 2,60 Mk., vierteljährlich 7,80 Mk. — Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene Zeile 60 Pfg., von auswärts 75 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bes. Tarif, die 3-gespaltene Reklamezeile 200 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 20 Pfg. — Postfachkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 8290.

Nr. 41 Mittwoch, den 18. Februar 1920 11. Jahrgang

Unabhängige Diktatur für Danzig.

Ein terroristisches Freistadt-Programm.

Nun haben die bösen Zeitgenossen, die den in allen „revolutionären“ Dingen total unfehlbaren Unabhängigen nachsagen, daß sie sich nicht einmal mit den Verhältnissen in der neuen Freistadt Danzig abfinden könnten, doch unrecht behalten. Zwar haben die Vertreter der Unabhängigen im Verfassungsausschuß ihren Wählern und der gesamten Öffentlichkeit nur ihre völlige Unfähigkeit in der Behandlung der hier entscheidenden Fragen bewiesen. Dafür liegt nun aber auch endlich das neue „Programm der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei für die Freie Stadt Danzig“ vor. Um welche Kostbarkeit es sich dabei handelt, erkennt man sofort daran, daß es bereits am 12. Januar beschlossen sein soll und erst am 10. Februar im „Freien Volk“ veröffentlicht wurde. Genau vier Wochen lang hat man dieses wertvolle Dokument der Tat und der Zukunft Danzigs also der Welt damit überraschend Öffentlichkeit, wahrscheinlich zur richtigen geistigen Nachreife, vorenthalten.

Hier liegt also endlich das schicksalsschwere Erzeugnis vor uns, das nicht leere Phrasen geben, sondern auf dem Boden der Wirklichkeit unseres Danzigs zur Wohlfahrt und zum Glück der Bevölkerung und vor allem der Arbeiterschaft führen soll. Aus seinen Zeilen müßte hoher Ernst und tiefe Verantwortlichkeit sprechen, denn fast 400 000 Menschen soll es der Wegweiser aus der Not der Zeit in eine lebenswerte Gegenwart und glückliche Zukunft sein. So sollte und müßte es sein und was gibt nun dieses unabhängige „Danziger“ Programm? Man glaubt das längst vergessene Blatt eines alten Notendruckes vor sich zu haben, wenn man das, was dort gedruckt steht, denkwürdig betrachtet.

Vor allem ist es schon eine grobe Täuschung, wenn dieses „Programm“ sich als Aktionsprogramm für Danzig bezeichnet. In Wahrheit ist es nichts anderes als ein einfacher Nachdruck des berühmten Leipziger Terror-Programms der Unabhängigen! Es ist ferner die bekannte Kriegserklärung gegen die Demokratie. Die darin ausgesprochene Verhimmelung der Räte würde sogar das Entsetzen des unabhängigen Oberhauptes Lenin erregen. Trotzdem ist man weiter so unehrlich geblieben, wegen des unläutereren Wettbewerbes die Bezeichnung „Sozialdemokratische Partei“ im Titel zu behalten.

Welcher hahnbüchene Blödsinn sich daraus ergeben mußte, wenn man den Leipziger Terror zum Danziger Aktionsprogramm machte, liegt klar auf der Hand. So will man z. B. in Danzig — wir reden wirklich von keinem irrigen Kintopp — die Kohlen-, Eisen- und Stahl-Erzeugung und dazu auch gleich noch das Bankwesen vergesellschaften! Da gehen ja vor allem wohl die englischen und polnischen Banken einer bösen Zukunft entgegen! Von der Gefahr für die Danziger Kohlengruben und Hüttenwerke schon gar nicht zu reden.

Diese wichtigen Aktionen sollen mit Hilfe der natürlich unfehlbaren „Diktatur des Proletariats“ durchgeführt werden. Zu dem Zwecke sollen die Hand- und Kopfarbeiter noch geschult werden. Deshalb wird sogar die Pflicht zur organisierten Gewalttätigkeit extra vorgeschrieben. Nur das gewalttätige Vorgehen einzelner Gruppen und Personen wird vermieden. Doch die berühmten illegalen Geheimorganisationen des Herrn Rau hat man beim Abschreiben des Leipziger Allerleis einzuschalten vergessen!

Im Ernst gesprochen kann es nichts Gewissenloseres geben, als diese Verpflichtung zur diktatorischen Gewalttätigkeit. Sollen es nicht inhaltsleere Phrasen bleiben, was dort gedruckt steht, so bedeutet es nichts anderes, als daß Leute, die sich Arbeiterführer nennen, gutgläubige Arbeiter in die Bajonette der Entente-Soldateska hineintreiben wollen. Entschieden man das Gerebe von der Diktatur allen Geschwäses, so bedeutet es menschlich und politisch nichts anderes, als das Hinabgleiten in die Zeiten gesellschaftlicher Barbarei. Es steht auf der gleichen Höhe der Rückständigkeit wie die Zerstörung der Maschinen, durch die sich die Not verzweifelter Arbeiter gegen den aufstrebenden Kapitalismus zu wehren suchte. Der Diktatur und Terror sagt und will, er bewaffnet keine Gegner und zwingt sie zur Notwehr zu der Zeit, die sie wählen! Nur derjenige, der voll und ganz auf dem Boden der Selbstbestimmung der ganzen Volksgemeinschaft durch die Demokratie steht, kann Gerechtigkeit fordern, weil er selber sie will. Und deshalb ist es so bodenlos dumm und unehrlich, was das „Programm“ gerade in den engen Grenzen unseres Freistadtgebietes von Diktatur und Terror schwärzt. Überall, wo es in der Welt bisher dazu kam, haben die „Angen“ Führer dieses Wahnsinns sich rechtzeitig heidenmütig zu brüden gewußt. Arme in gutem Glauben vertrauensvoll zu ihnen aufblickende Arbeiter sind noch stets die Leidtragenden gewesen.

Schon weil wir nicht wollen, daß auch Danziger Arbeiter die Blutzüger des diktatorischen Wahnsinns werden sollen, lehnen wir dieses Programm jeglichen Unverstandes und Brutalität ab. Der Sozialismus ist höchste Menschlichkeit für jeden Volksmann. Deshalb wenden wir Sozialdemokraten uns mit aller unserer Überzeugung gegen das schamlose

hafte demagogische Nachwerk der Danziger Unabhängigen. Und wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß die Danziger Arbeiterschaft in ihrer großen Mehrheit dem demokratisch-sozialistischen Banner Beibehalt, das die Sozialdemokratische Partei Danzigs gegen alle Gegner verteidigen wird, in aller Treue folgen wird.

Ueber die Sozialisierung des unabhängigen „Programms“ lohnt es nicht, etwas Ernstliches zu sagen. Nur auf eine Schwierigkeit könnte man vielleicht höflich aufmerksam machen. Bei der stattlichen Entwicklung zur „königlichen Kaufmannschaft“, die sich gerade in Danzig bei den einst „revolutionärsten“ Stürmern der Unabhängigen bemerkbar gemacht hat, könnte es gar leicht dahin kommen, daß sie so viel kapitalisiert haben, daß ihnen zur Sozialisierung nichts mehr übrig bleibt.

Poincarés Abschied.

Paris, 17. Febr. In der heutigen Kammer- und Senatsitzung wurde die angekündigte Abschiedsvorlesung des Präsidenten Poincaré verlesen. Es heißt darin: Deutschland habe versprochen, sich nicht mehr gegen die Ruhe Europas zu bewaffnen. Frankreich müsse darüber wachen, daß Deutschlands Entwaffnung effektiv werde. Frankreich müsse von Deutschland verlangen, daß es das Uebel wieder gut mache, das es angerichtet habe.

Auch in seiner Abschiedsvorlesung zeigt Poincaré sich als der unversöhnliche Feind Deutschlands, als der er vor sieben Jahren ins Exil zog. Damals schrieb am Tage seiner Wahl unser ungergeklärter Jeda Jaurès:

„Wird Herr Poincaré es wagen, frühzeitig und deutlich genug auszusprechen, daß er nicht gewillt ist, aus seiner Präsidentschaft das Septennat der Reaktion und des Krieges zu machen?“

Die Antwort auf diese Frage gab der auf Betreiben des neuen Präsidenten eingebrachte Gesetzentwurf über die dreijährige Dienstzeit. Er wurde heftigster Gegner der von Cailleux erstrebten Verändingung mit Deutschland und arbeitete offen auf den Revanchekrieg hin. Wenn auch die idyllische Art des Regierens im kaiserlichen Deutschland seinen Kriegsgelüsten entgegenkam, so wird dadurch die Schuld Poincarés am Weltkrieg nicht geringer.

Der einzige Lichtstrahl für Deutschland beim Präsidentenwechsel ist, daß nicht Clemenceau, sondern Dechanel der Nachfolger Poincarés geworden ist. Damit haben wir wenigstens die eine Hoffnung, daß die chauvinistische Politik, die Poincaré getrieben, nicht noch übertrumpft wird.

Die Gefährdung Oberschlesiens.

Die Befehle Oberschlesiens durch die Franzosen hat zur Folge gehabt, daß die Polen durch die Besatzungstruppen große Freiheiten erhalten, während die Deutschen in ihrer Agitation sehr behindert werden. Wie die „Deutsche Allg. Zeitung“ sagt, wollen die Polen durchaus eine Putschstimmung konstruieren, um die schweren wiederholten Reizungen der deutschen Bevölkerung durch Leute aus den Reihen der Polen vergessen zu machen.

Deutschland wird auf der Hut sein müssen, um nicht das für das Wirtschaftsleben Deutschlands unerlässliche Kohlengebiet bei der kommenden, unter dem Terror des französischen Militarismus stehenden Volksabstimmung zu verlieren.

Die Entente verlangt erneut die Auslieferung des Erzkaifers.

Paris, 16. Febr. Die Antwortnote, die der Oberste Rat in der Frage der Auslieferung Wilhelms II. an Holland gerichtet hat, besagt: Die von den Mächten während des Krieges im allgemeinen Interesse gebrachten ungeheuren Opfer geben diesen Mächten das Recht, die Niederlande zu bitten, von ihrer Weigerung zurückzukommen, die sich stützt auf annehmbare, aber ganz persönliche Erwägungen. Die Verpflichtungen der Mächte gegenüber ihren Völkern bestimmten die Mächte, ihre Forderungen aufrechtzuerhalten. Es handelt sich um keine Frage des Prestiges. Um den verantwortlichen Urheber des großen Krieges abzurufen, können die Mächte nicht die Schaffung eines obersten Gerichtes abwarten. Würde die Weigerung der künftigen Regierung, den ehemaligen Kaiser auszuliefern, nicht einen unheilvollen Präzedenzfall schaffen, wie könnte die holländische Regierung vergessen, daß es der Politik und dem persönlichen Handeln des von den Mächten zur Beurteilung verlangten Mannes anzuschreiben ist, wenn zehn Millionen Menschen brutal dahingemordet, wenn dreimal mehr Menschen gräßlich verflümmelt, wenn Tausende von Quadratkilometer verheert wurden? Die Mächte könnten ihre Uebertreibung darüber nicht verbergen, daß Holland nicht ein einziges Wort der Weigerung für die durch den Kaiser begangenen Verbrechen hat. Holland, dessen Geschichte lange Kämpfe um die Freiheit aufweist, sollte nicht eine so enge Auffassung seiner Pflichten bekommen. Die Mächte können das peinliche Gefühl nicht verhehlen, das ihnen die Weigerung verursacht,

ihnen den ehemaligen Kaiser auszuliefern ohne irgendeine Prüfung der Möglichkeit, wie die Bedenken Hollands in Einklang gebracht werden könnten mit jenen wirklichen Vorkehrungsmahnahmen, sei es an Ort und Stelle, sei es in der Entfernung des ehemaligen Kaisers vom Schauplatz seines Verbrechens, durch die er gleichzeitig außer Stand gesetzt würde, auf Deutschland in Zukunft seinen unheilvollen Einfluß auszuüben. Die Mächte machen in der feierlichsten und dringlichsten Form die holländische Regierung aufmerksam auf die Tragweite, die sie einer neuen Prüfung der ihr gestellten Fragen beimesse. Sie wünschen wohl zu verstehen zu geben, wie ernst die Lage werden könnte, wenn die Regierung der Niederlande nicht in der Lage wäre, Zusicherungen zu geben, wie sie die Sicherheit Europas so gebieterisch verlangt.

Verhandlungen zwischen Deutschland und Rußland.

Berlin, 17. Febr. (B. L. B.) Mit Rücksicht auf die trostlose Lage der deutschen Kriegsgefangenen in Rußland und die ungeläute Lage der russischen Kriegsgefangenen in Deutschland hat sich die deutsche Regierung entschlossen, in Verhandlungen mit dem hierzu delegierten Bevollmächtigten der Sowjetregierung, Herrn Viktor Kopp, einzutreten.

Eine bolschewistische Ukraine-Republik.

Kopenhagen, 17. Febr. (B. L. B.) Russische Zeitungen melden, daß in dem von den Bolschewisten besetzten Teil der Ukraine eine neue selbständige Republik errichtet wurde, die mit Sowjetrußland einen Bruderkrieg geschlossen hat. Zum Präsidenten der Republik wurde Petrowski ernannt. Der von den Bolschewisten nicht besetzte Teil der Ukraine bildet ein eigenes Staatswesen, an dessen Spitze eine demokratische Regierung steht.

Der Verzicht auf die Auslieferung.

Die gestern vom englischen Geschäftsträger in Berlin übergebene, von uns bereits gestern im Wortlaut veröffentlichte, die Auslieferung betreffende Note, die aus London vom 13. Februar datiert, von Lloyd George unterzeichnet und an den Kanzler der deutschen Republik gerichtet ist, stimmt nach der amtlichen Uebersetzung mit dem bereits in den Letzt der Agency Havas im ganzen überein. Hervorzuheben ist folgende abweichende Stelle, wo es heißt: Unverzüglich vor einem obersten Gerichtshof in Leipzig gegen alle Deutschen ein Strafverfahren zu eröffnen, welches mit den vollständigen Garantien umgeben sei und alle Urteile, Verfahren oder früheren Entscheidungen der deutschen Zivil- oder Militärgerichte unberücksichtigt lassen wird (Note Nr. 35 vom 26. Januar 1920). Weiter unten muß es in der Note statt Beurteilung der begangenen Verbrechen richtig heißen: „Anerkennung der vergangenen Verbrechen“.

Wir sehen keine Veranlassung, in dieser scheinbaren Nachgiebigkeit der Entente ein besonderes Entgegenkommen anzuerkennen. Es kann keine objektive Beurteilung sein, die unter dem Zwange eines übermächtigen Gegners, noch dazu mit solchen Zwangsvorschriften, handeln muß. Noch dazu eines Gegners, der die gleiche Beurteilung für sich und seine Verantwortlichen ablehnt. Selbst der „Vorwärts“, der in dieser Hinsicht meist ruhiger sah, meint jetzt recht nachdenklich: „Wenn die Leipziger Richter von der Warte der höchsten menschlichen Objektivität aus urteilen, dann wird ihr Urteil vor der Geschichte bestehen, dann wird es auch schließlich die Meinung der ganzen Kulturwelt in so hohem Maße fällen, daß auch die Entente diesem Spruche schließlich ihre Anerkennung nicht wird verweigern können.“

Auf die großen Gefahren, die die Anwesenheit des Kaisers vor bedrohen, machte Reichswehrminister Roste gestern in Bremen in einer Rede mit Recht aufmerksam. Er betonte, daß es durchaus verfrüht sei anzunehmen, daß wir vor allen weiteren ernstlichen Schwierigkeiten und Repressalien bewahrt bleiben würden. Die Alliierten behielten sich ausdrücklich das Recht vor, Schuldscheine, deren sie habhaft würden, vor ihre eigenen Gerichte zu stellen. Deshalb bleibe eine außerordentliche Aufmerksamkeit für jeden Deutschen bestehen, der im Krieges war, wenn er künftig eins der alliierten Länder betrete.

Heute macht auch der „Vorwärts“ auf die fast unübersehbaren Schwierigkeiten des neuen Verfahrens wie folgt aufmerksam:

Gewaltige Schwierigkeiten stehen vor der Anbringung der Prozesse, die das Reichsgericht in Leipzig beschaffen solle. Die Zuständigkeitsfrage ist wohl schon durch das von der Nationalversammlung beschlossene Gesetz gelöst. Wie soll es aber mit der Untersuchung und mit der Beweiserhebung gehalten werden? Aber wenn selbst der Tatbestand klar festgestellt werden könnte, es bleibt noch die große Hauptfrage nach der Objektivität der Richter! Die weiter aufrechterhaltene Forderung der Entente nach Auslieferung des ehemaligen deutschen Kaisers lehrt deutlich genug, daß man Deutschland noch lange nicht die Rückkehr gewähren will, die sogar die Türkei sich erzwungen hat.

Deutsche auf Bedingung.

In der parlamentarischen Aussprache über die Verhängung des Belagerungszustandes hat Genosse Minister Heine u. a. darauf hingewiesen, daß die „Unabhängigen“ sich fortwährend des Landeserrats stark verdächtig machen, daß sie im besetzten Gebiet, nicht nur in Köln mit der „Rheinischen Republik“, sondern auch in Krefeld, in Wlra, in Wiesbaden usw. lieber mit den feindlichen Besatzungsheeren als mit der gegen Fremde Unterdrückung kämpfenden deutschen Arbeiterschaft zusammengehen. Das wird dem Genossen Heine noch eine hübsche Flut von Schimpfwörtern seitens der „Freiheit“ eintragen. Und doch hat er eher zu wenig gesagt, als zuviel. Der Preussische Landesparlament ist am 26. Januar jenseitiges Telegramm der „unabhängigen“ Partei in Oberschlesien zugegangen:

Unabhängige sozialdemokratische Part. i. Oberschlesien wendet sich entschieden gegen unbefristete Zeitungssperren und Verhaftung unabhängiger Parteiführer und gibt Kenntnis, daß sie entschlossen ist, Parteiparolen für in Oberschlesien bevorstehende Volksabstimmung abhängig zu machen von sofortiger Freisetzung der in Deutschland bestehenden rechtlosen Zustände, die durch geschlossenes Vorgehen gegen Parteipolitiker und Parteipresse Ausdruck finden. Hunderttausende Stimmen der ober-schlesischen Arbeiterschaft gehen bei Volksabstimmung für Deutschland verloren, wenn nicht sofort Regierungsmassnahmen gegen U. S. P. auf gesetzliche zivilrechtliche Grundlage beschränkt werden und verhindert wird, daß einzelne Regierungsmitglieder aus parteipolitischen Haß gegen U. S. P. Regierungsgewalt missbrauchen.

U. S. P. Oberschlesien ist entschlossen, die haltlosen Zustände im Reich in den Vordergrund der Volksabstimmungspropaganda zu setzen. Verlangen daher sofortige Freilassung politischer Gefangener bezw. Einleitung ordnungsmäßiger Verfahren. Sofern Regierung auf Ergebnis ober-schlesischer Volksabstimmung Wert legt. Die Funktionäre der 44 ober-schlesischen Ortsgruppen der U. S. P.

Unsere „Unabhängigen“ geben sich als deutsche Partei aus, als deutscher Zweig der revolutionären Internationale. Manche ihrer Ortsgruppen, wie die in Marienburg und Spa, haben sich entschlossen in die deutsche Einheitsfront gestellt und den Kampf für die Erhaltung ihres Abstammungsgebietes beim deutschen Vaterlande mit aufgenommen. Andere Ortsgruppen aber verhalten sich zweideutig: sie erklären zwar, daß sie als Deutsche keineswegs zu Polen wollen, lehnen aber auch jede positive Betätigung für die Abwehr der polnischen Gefahr ab. Ausgesprochen vaterlandsfeindlich sind die „Unabhängigen“ in Oberschlesien. Dort hat die U. S. P. D. unter Führung einer Anzahl zügellos ehrgeiziger und gänzlich gewissenloser Politiker die vielfach ungebildeten Massen in einer Weise verhetzt, die anderwärts kein Gegenstück hat. In der Tat ist es der U. S. P. D. gelungen, in diesem Bezirk, in dem es vor dem Kriege etwa 700 organisierte Sozialdemokraten gab, die Mehrheitssozialisten auf einen Bruchteil der ungeheuren Stärke zurückzubringen, die sie bei den Wahlen zur Nationalversammlung erzielten. Dem Vorteil aber haben nicht die „Unabhängigen“, sondern die Nationalpolen und die Deutschnationalen geschickt. Aus ihren tühnen Hoffungs träumen gestürzt, nähern die „Unabhängigen“ Führer einen wahnwitzigen Haß gegen Kooste, die ganze Regierung, die ganze Republik. So haben sie für die Volksabstimmung in Oberschlesien sich geweiht, Parole für das Deutschland auszugeben, obwohl sie selbst hundertmal erklärt haben, daß ohne Oberschlesien Berlin in ein paar Wochen eine tote Stadt sein müßte. Jetzt endlich sind die U. S. P. Oberschlesien dazu übergegangen, offen mit der Parole der Stimmabgabe für Polen zu drohen, wenn nicht Zeitungssperren und Verhaftungen zurückgenommen würden.

Zur Kennzeichnung dieses Verhältnisses bedarf es nicht vieler Worte. Die „Unabhängigen“ wollen nur Deutsche auf Bedingung sein. Deutsch zu sein ist ihnen nicht etwas Selbstverständliches, das einfach daraus hervorgeht, daß sie auf deutschem Boden geboren sind, die deutsche Sprache sprechen und ihre Bildung der deutschen Kultur verdanken, sondern etwas, womit man kämpfen und marieren kann, was man nach politischen Zweckmäßigkeitsgründen aufgibt oder behauptet. Die Drohung, ihr Deutschland aufzugeben, bemühen sie als Revolver, um politische Zugeständnisse zu erpressen und vergessen freilich dabei vollständig, daß an solchen Bedingungen der Nation wahrlich nichts verloren geht.

Die „Unabhängigen“ wägen ihr Verhalten während des Krieges, ihre Stellung zu den Versailler Friedensverhandlungen, ihre Erklärungen gegenüber der Auslieferungstrage nach so oft als Auszug revolutionärer Denkwürdiger oder proletarischer Klassenempfindens preis. Wir sind überzeugt, daß ihr Verhalten zurückgeht auf einen vollständigen Mangel an nationalem Empfinden. Und wenn sie nicht gern von Landeserrats sprechen hören, so werden sie doch zugeben müssen, daß sie nur Bedingungs Deutsche sind, wie ihre ober-schlesische Abteilung ganz offiziell bekannt hat, und daß sie damit aufhören, deutsche Sozialisten zu sein.

Die „Schuldigen am Frieden“

Troelstra zur Auslieferung Wilhelm.

Einem Bericht des Pariser „Journal des Debats“ zufolge erklärte der holländische Genosse Troelstra in einer Volksversammlung in Amsterdam zu dem Verlangen der Entzweiung nach Auslieferung des früheren Kaisers:

„Zwei Fragen drängen sich auf. Erstens: Wer ist für den Krieg verantwortlich? Dann aber auch: Wer ist für den Frieden verantwortlich?“

Holland gewährt Wilhelm von Hohenzollern Gestattung und best. ihm mit seinem Anrecht. Es wäre nicht angängig, daß das holländische Volk dieses Mannes wegen in Schwierigkeiten gerate. Sperri man aber Wilhelm ein, dann muß man auch Clemenceau und Lloyd George einsperren, die für den Versailler Frieden verantwortlich sind. Wilson wird dann als deren Seelstärker amtierender können.

Diese bittere Ironie des Genossen Troelstra hat insofern gewirkt, als das „Journal des Debats“ in diesen Worten einen Beweis dafür erblickt, daß er sich seit dem Kriege nicht „gebessert“ habe und noch immer „im Dienste des Imperialismus und des Bolschewismus“ stehe.

Der Zerfall des Zentrums.

Das Blatt des Justizrats Bahlinger, der in Kaiserlautern erscheinende „Pfälzer Volksbote“ erklärt, daß der Zerfall des rheinischen Zentrums, wann auch ein Zerfall sein

Zeit hat, „Rechtlichen Volksabstimmung“ nicht zu verleihen sei mit der Zugehörigkeit zur Zentrumspartei für die Platz seineswegs klarzustellen. Die Frage sei keine Parteifrage im Sinne eines Parteiprogramms und solange Parteianhänger sich nicht außerhalb des Programms stellen, stehe ihnen innerhalb des Rahmens der Partei grundsätzliche Stellungnahme zu allen Fragen vollkommen frei. Ein Zentrumsmann darf sich ganz ruhig zu den politischen Zielen Dorsens bekennen, da von den gegen diesen erhobenen Vorwürfen und Verdächtigungen nichts übrig geblieben sei — als eben Verdächtigungen. Bahlinger beruft sich als Beweis darauf, daß bis heute noch niemand von der Auslobung einer Summe von 3000 Mark für den Nachweis dafür, daß Dorten von französischer Seite Geld erhalten oder mit französischen Behörden ein Abkommen getroffen habe, das auf die Abtrennung der Rheinlande von Deutschland hinzielt, Gebrauch gemacht habe. Am pfälzischen Zentrum sei ein Beschluß, wie ihn das rheinische Zentrum gefaßt habe, undenkbar, solange nicht erwiesen sei, daß die Rheinische Volksvereinigung ungeheuerliche Wege beschreite. Zur Frage der Rheinischen Volksvereinigung wird sich der Vorstand und der Hauptauschuss des pfälzischen Zentrums in der kommenden Woche äußern, ebenso in Rheinhesen und Nassau. Bekanntlich bezog sich auch die Rheinische Volksvereinigung der Raffert, Dorten und Genossen in ihrer Popparder Entscheidung auf den Reichsparteitag des Zentrums, dessen Beschlüssen sie zustimme. Sie bringt aber insofern eine Irreführung, als sie das Ziel der Zentrumspartei als „föderalistischen Einheitsstaat“ bezeichnet. Abgesehen davon, daß es einen föderalistischen Einheitsstaat nicht geben kann, denn ein Staatswesen ist entweder föderalistisch oder einheitlich, aber es kann nicht beides zugleich sein, spricht auch der Parteibeschluß des Zentrums in Berlin nicht von einem föderalistischen Einheitsstaat, sondern klar und deutlich von einem Einheitsstaat nach landsmannschaftlicher Gliederung. Im Aufsatze der Zentrumspartei ist diese Forderung nach deutlicher betont. Es wird darin ein zentralistischer Einheitsstaat nach westlichem Muster entworfen, dagegen eine „starke Zentralgewalt“ gefordert. Das Reich aber soll nach Bundesmannschaften, nach wirtschaftlichen und kulturellen Gesichtspunkten neu geordnet werden.

Das steht in scharfem Widerspruch mit den Plänen der Rheinischen Volksvereinigung, die einen eigenen Sonderstaat im Westen fordert, der nur „föderatio“ mit den übrigen Staaten des Reiches verbunden bleiben soll. Auch der Kampf der rheinischen Sonderbündler gegen die „starke Zentralgewalt“ Berlin beweist zur Genüge, daß sie sich nicht auf den gleichen Standpunkt wie die Reichspartei des Zentrums stellt.

Der Nährvater der U. S. P. - Presse.

Der Herausgeber der Berliner „Welt am Montag“, Hellmut v. Gerlach, sandte dem „Berl. Tageblatt“ eine Entgegnung, worin er sich dagegen verwahrt, „zu den Unabhängigen zu gehören“. Er schreibt: „Diese Ausdrucksweise erweckt den Eindruck und muß ihn erwecken, daß ich jetzt Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratie sei, während ich tatsächlich noch wie vor eingeschriebenes Mitglied der Deutschdemokratischen Partei bin.“ — Hierzu macht unser Spandauer Parteiblatt, das „Volkswort“ für Spandau und das „Haveland“ folgende Anmerkung:

„Noch an seinem Montag der letzten Jahre ist die Mehrheitssozialdemokratie dem Herrn v. Gerlach „radikal“ genug gewesen. Jahrelang hat die gesamte U. S. P. - Presse Gerlachs Montagsartikel Woche für Woche ohne Kürzung, ohne Zensurierung und ohne einschränkende Bemerkung abgedruckt. Gerlach ist während der letzten Kriegsjahre geradezu der geistige Nährvater der U. S. P. - Presse gewesen. Die „unabhängigen“ (1) Blätter warteten mit ihrer politischen Stellungnahme bisweilen sogar, bis sich Herr v. Gerlach in seinem Montagsartikel geäußert hatte; dann erst wußten sie, was sie als „wahre Sozialisten“ zu „denken“ und zu schreiben hatten. Jahrelang haben die linksradikal-verirrten Berliner Arbeiter Montag für Montag in großen Mengen dem Herrn v. Gerlach ihre Groschen gespendet in dem Glauben, daß hier der Born des wahrhaft revolutionären Prinzips quelle. Zum Ueberflus stand noch am Kopfe der „Welt am Montag“ zu lesen: „Unabhängige Zeitung“. Der Journalist und erfahrene Politiker weiß zwar, was das heißt; der schlechte Mann aus der Werkstatt aber verstand darunter: Zeitung der Unabhängigen. Wenn die Lausungung gewollt wäre, könnte sie nicht geschickter gemacht werden. — Nun müssen die guten U. S. P. - Leser sich ausdrücken von Herrn v. Gerlach sagen lassen, daß er, der große Lehrmeister und Inquisitor des Sozialismus, „nach wie vor“ eingeschriebenes Mitglied bei einer bürgerlichen, antisozialistischen und antirevolutionären Partei ist! Vielleicht findet sich jemand, der trotz der Papieren eine Satire schreibt.“

Herr v. Gerlach und die U. S. P. werden auch weiter gute Freunde bleiben. Beide haben eins gemein: sie sagen und schreiben mit abgrundtiefer Gewissenhaftigkeit nur das, wovon sie bestimmt wissen, daß ihre Leser es hören wollen. Das Aussprechen trugerechter Wahrheiten überlassen sie anderen. Die zahlreicheren Millionenproletarier der U. S. P. D. werden sich ohnehin in der Nachbarschaft ihres bürgerlichen Klassenfeindes sehr wohl fühlen.

Deutscher Wiederaufbau.

Die Erfahrung hat die Sozialdemokratie gründlicher als jede andere Partei machen müssen, daß der schönste Plan nichts gilt, gegenüber der Wirklichkeit. Die Tatsachen in ihrer unendlichen Fülle und unübersehbaren Verbundenheit sind so eigenwillig, daß ihnen gegenüber jede vorgefaßte Idee nach kurzer Zeit ihre Dummheit bekennen muß. Die Sozialdemokratie wollte einst zur Macht gelangen, wenn die Ueberfülle der kapitalistischen Produktion den zu eng gewordenen Produktionsrahmen sprengt. Statt dessen fiel uns fast ohne Kraftanstrengung eine zunächst unumkehrbare Gewalt in den Schoß, als alle Bande der staatlichen Ordnung sich lösten und die Wirtschaft durch vierjährigen Krieg und katastrophale Niedertage bis hart an die Grenze des Zusammenbruchs verwandelt war. Die Größe der deutschen Sozialdemokratie und ihrer Leistung seit dem November 1918 besteht darin, daß sie in der Art sich mit einem Kund von allen vorgefaßten Meinungen befreit und das getan hat, was notwendig war, um Land, Volk und Wirtschaft zu retten.

Die erste bringendste Gefahr nach der Revolution war die vollkommenste Vernichtung der staatlichen Ordnung. In den letzten Monaten des Jahres 1918 und den ersten Monaten des Jahres 1919 waren große Teile des Reiches der Zentralgewalt nahezu vollständig entzogen. Die Macht war in die

Hände kaiserlicher Weisungen übergegangen, die den Teil der nach fragten, was in Berlin gemüht und beschlossen wurde. Und an fast jedem Orte drohte der Bürgerkrieg mit Waffen ausgefacht zu werden. Aus dem Heere, das sich automatisch selbst auflöste und das keine Macht der Welt länger zusammengehalten hätte, bildeten sich allerlei Gewalthaufen, die sich revolutionäre Truppen nannten und, je nach Ort und Führer, teils sehr segensreich, teils höchst verderblich wirkten. In den Händen von hunderten tausenden Unberufenen waren Waffen in beliebiger Menge, und jede staatliche Ordnung war als Gegenrevolution, Militarismus und alter Obrigkeitssaat höchst verdächtig. Die Gefahr einer bolschewistischen Gewaltherrschaft mit ihren für einen hochentwickelten Industriestaat sofort ruinösen Folgen war so groß, wie sich heute nur noch die wenigsten vorstellen; die Menschen haben eben ein sehr kurzes Gedächtnis. Bis die Demobilisierung vollendet war, konnte jederzeit durch tauchende wilden Truppen eine neue radikale und noch radikalere Regierung eingesetzt werden und den Fortgang des staatlichen Lebens verhängnisvoll unterbrechen.

In jenen kritischen Wintermonaten bis zum März 1919 gab es eine positive staatliche Gewalt eigentlich überhaupt nicht. Die Macht der Regierung ruhte lediglich auf moralischen Faktoren, und da alle anderen Parteien discreditiert waren und versagten, war es einzig und allein die Sozialdemokratie, die ihre ganze Gewalt über die Köpfe und Seelen für die Aufrechterhaltung von Ordnung und staatlicher Freiheit einsetzte. Die Sozialdemokratie hat an ihren Parteiinteressen ungeheure Opfer bringen müssen, aber sie hat es geschafft: Die „rote Fahne“ und alle ihre Nachbeter, die ein über das andere Mal versichert hatten, die Nationalversammlung werde nie zusammentreten, Ebert werde nie Präsident sein, die Regierung werde den Sommer nicht überleben, und die Welle der zweiten Revolution werde die „Verfälscher“ der ersten hinwegschwemmen haben Unrecht behalten — die Sozialdemokratie hat die staatliche Ordnung hochgehalten und wieder so befestigt, daß heute schon viele keinen Sinn mehr für die Zeit haben, in der sie aufs äußerste gefährdet war.

Seitdem arbeitet die Sozialdemokratie an der Neuordnung des Wirtschaftslebens. Auch hier hat sie die größte Mühe gehabt, zunächst die Voraussetzungen für eine fruchtbare Arbeit zu schaffen, nämlich ein gewisses Mindestmaß an Verständnis im Volke für Deutschlands gegenwärtige Lage. Erst mußte sich der Irrwahn austoben, daß man über Nacht alles sozialisieren könne. Erst allmählich ist die Erkenntnis allgemein geworden, daß jetzt vor allem eine Steigerung der Produktion nottut und daß nur ertragreichere Arbeit die Lebenslage der breiten Massen langsam wieder zu heben vermag. Erst danach konnte versucht werden, das Mißverhältnis zwischen Erzeugung und Verbrauch wieder zu beseitigen, den übermäßigen Konsum einzuschränken — übermäßig wahrhaftig nicht an sich oder im Vergleich zu den Bedürfnissen und Ansprüchen eines menschenwürdigen Daseins, sondern übermäßig nur im Vergleich zu dem, was das niedergebrosene Deutschland herzugeben vermag — und die Erzeugung planmäßig zu vergrößern.

Schwere Uebelstände mußten monatelang ruhig mit angesehen werden, weil die Macht fehlte, sie zu beheben. Aber auch auf wirtschaftlichem Gebiete wird die Sozialdemokratie eine neue Ordnung und eine mehr auch sehr beschriebene Lebensmöglichkeit für das ganze Volk schaffen. Und trotz aller Demagogie und trotz aller phantastischen Ansprüche an Unerreichbares hoffen wir, daß eines Tages die Einsicht allgemeyn wird, wie Großes die Sozialdemokratie damit für Deutschland und jeden einzelnen Deutschen geleistet hat.

Danziger Nachrichten.

Verbraucher, Angebot und Nachfrage.

Das bestehende Mißverhältnis zwischen dem geringen Angebot und der starken Nachfrage wurde durch die Verbraucher stark gemildert werden, wenn diese ihre Einkäufe nicht lediglich nach privatwirtschaftlichen, sondern möglichst auch nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten einrichten wollten. Die Hausfrau acht kaum, welche eine ungeheure volkswirtschaftliche Macht in ihrer Hand liegt und wie sie das ganze Wirtschaftsleben zu beeinflussen in der Lage wäre, wenn sie von dieser Macht den richtigen Gebrauch machte. Die Verbraucherverorganisationen haben dies auch erkannt und hoffen, mit der Zeit durch Erziehung dahin zu gelangen, daß die Verbraucher sich durch einen eigenen und volkswirtschaftlich vernünftigen Willen die Lösung, den Einfluß und die Wirkung erzwingen, die sie zu beanspruchen haben, die ihnen aber noch verwehrt wurde.

Vor dem Kriege gingen jährlich 800 Millionen Mark nach Paris, um von dort Modelle für die Mode der deutschen Frauen zu beziehen. Ein kräftiger Entschluß der deutschen Verbraucher, und es hätten uns jährlich 800 Millionen Mark zur Verfügung gestanden, die wir etwa zur Einrichtung von Gartenheimstätten hätten verwenden können. Gleichzeitig hätten wir dann einen deutschen Bekleidungs geschmack entwickeln können, einfach, geiegen und schön.

Aber auch die Männer handeln vielfach nicht vernünftiger. Die Reichsregierung beklagt sich bitter darüber, daß Milliarden ins Ausland gehen für nutzlose Dinge, wie z. B. für den Lohal. Auch dort also können wir Millionen und Milliarden ersparen und etwa für Mehl und andere notwendige Dinge zur Verfügung haben. Kostet es für jeden anderen Luxus und Genuss.

Aber auch bei notwendigen Dingen können die Verbraucher einen erheblichen Einfluß ausüben. Unsere schlechten Ernährungsaussichten in Bezug auf die wirklich notwendigen Waren sollten ihnen bekannt sein. Als die geringe Ausmahlung von Mehl und von Getreide angeordnet wurde, war es klar, daß diese Verminderung des Angebots von Mehl zu einer Einschränkung der Zubereitung von Mehl und Brot führen müßte. Da mußte zunächst ein entscheidender Einspruch gegen diese herauszuführende Brotverknappung erfolgen. Und dann war der Kampf von Ausen abgesehen. Dieser Beschluß, acht Tage lang durchgeführt, hätte seine Wirkung nicht verfehlt.

Rechnlich liegt es bei der Fleischversorgung. Man lasse das Fleisch auch nur eine Woche hindurch liegen, und es wird billiger werden.

In Marienburg haben es die Verbraucher abgelehnt, die erhöhten Milchpreise zu bezahlen, und sofort gingen die Preise herunter.

Aber noch weiter reicht der volkswirtschaftliche Einfluß der Verbraucher. Man sollte stets die Waren reichlich einkaufen, die reichlich vorhanden sind und die Waren meiden, die nur in geringem Maße angeboten werden. Seider hat man auf dem Weltmarkt vielfach gerade das Gegenteil bemerkt. Roggtrüben waren bis vor kurzem vorhanden, sie wurden aber wenig gekauft, wes weil sie ausreichend da waren. Jetzt sind sie ausverkauft, und beginnt eine lebhaft Nachfrage nach ihnen. Die Zuckerernte und

Danziger Nachrichten.

Spartakistisch-kapitalistischer Schieberklingel.

Die am Montag von uns gebrachte Nachricht von der Beurteilung des hiesigen Spartakistenführers, Schlossers Eugen Deutschland wegen Urkundenfälschung und Diebstahls im Rückfalle zu 1 1/2 Jahren Gefängnis zwingt zu recht nachdenklichen Betrachtungen. Dieser Herr Deutschland und sein Kreibin in und außerhalb der Eisenbahnhauptwerkstatt Danzig-Tropf ist geradezu ein revolutionäres Kapitel Danzigs, aus dem die Danziger Arbeiterklasse unendlich viel lernen kann. Ihm wie allen seinesgleichen unabhängig-spartakistischer Couleur war die Sozialdemokratie, die ihren Grundsatzen treu blieb, lange nicht „revolutionär“ genug. Jeder ehemalige Gelbe, der sich nach der Revolution unabhängig oder, was so ziemlich dasselbe ist, spartakistisch gebärdete, schimpfte den Sozialdemokraten, der ehrlieh zur Fahne stand, als der Kampf der Freiheit hier gar hart und bitter war, einen Kapitalistenknecht. In den Versammlungen wurden alte, brave, arbeitende Genossen, die im fast ganz ausichtslos scheinenden Kampf gegen Reaktion und Unverständnis gestanden hatten, von untreuen „revolutionären“ Schmeißeln als „Arbeiterverräter“ niedergeschrien. Einem Eugen Sellin, der mit vorbildlicher Uneigennützigkeit für seine Ueberzeugung eintrat, als in Danzig ein Sozialdemokrat noch als Humbertier galt, jubelte man nicht zu. Wohl aber wurde jeder unabhängige und spartakistische Maulaufreißer bewundert, wenn er unverständliche Phrasen brosch und die Sozialdemokratie zum Beweis seiner frischgestrichenen Gesinnungstüchtigkeit herunterriß. Das alles wirkt so unendlich empörend auf den, der den schier unerträglich harten Kampf für den Sozialismus gerade in Danzig kennt und weiß, daß auch nicht ein einziger von denen dabei war, die ihre revolutionären Vorbeeren so leicht durch die fleghafte Schmähung der Sozialdemokratie und ihrer Führer pflückten.

Von diesen Helfden der Revolution war Herr Deutschland eine Perle erster Ordnung. Wir reden gar nicht besonders von der unverfälschten Dreifaltigkeit, mit der er uns gegenüber noch den Diebstahl der zwei Waggon's heringe leugnete. Ihm saßen aber die Phrasen von der Sozialdemokratie als der Gefangenen des Kapitals am Ioselsten. Und dann ging der Würdige zu dieser edlen Schiebergemeinschaft, die sich ausgerechnet den Hering, das jetzt sogar selten gewordene Nahrungsmittel der Armen für ihren infamen Wucher mit der Notdurft des Volkes ausgefuchst hatte. Und der spartakistische Feind des Kapitalismus füllte sogar den Frachtschein, um die Beute, die zwei Waggon's, auch ganz sicher um die Ecke zu bringen.

Wenn Sozialdemokraten früher ins Gefängnis gingen, so war ihnen das als Märtyrer ihrer Ueberzeugung Ehrensache. Es gehört schon mehr als eine eiserne Stirn dazu, wenn solche allerfeinsten „Revolutionäre“, weil sie als Bundesgenossen des erbärmlichsten Schiebergeschichters hinter schwebende Gardinen mußten, sich mit solchen Männern von Aufopferung und Charakter vergleichen. Die Danziger Arbeiter können aus der Affäre dieses „antikapitalistischen“ Herrn Deutschland's unendlich viel lernen. Man kann ihnen nur immer wieder raten: Seht euch die „revolutionären“ Führer dieses und ähnlichen Schlages sehr genau an und sorgt rechtzeitig dafür, daß ihr nicht noch ähnliche Ueberfahrungen erleben müßt!

Verbindlichkeitsklärung des Tarifvertrages für die Binnenschiffahrt.

Das Reichsarbeitsministerium gibt bekannt: Der zwischen dem Arbeitgeberverband für Binnenschiffahrt und verwandte Gewerbe E. V. in Hamburg, dem Arbeitgeber-Verband für Binnenschiffahrt und verwandte Gewerbe E. V., Gruppe Weichsel, Pregele und Memel, Sitz Königsberg, dem Deutschen Transportarbeiter-Verband, Sektion Binnenschiffer der Ostent-

lichen Wasserstraßen und dem Zentralverband der Maschinisten und Feizer Deutschlands, Sitz Berlin, am 18. Oktober 1919 abgeschlossene Tarifvertrag zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Schiffmannschaften wird gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (Reichsgesetzbl. S. 1456) für

Zum Künstlerstreik am Stadttheater

erhalten wir vom Magistrat folgende Zuschrift. Da wir die Erklärung der Künstler wiedergegeben haben, übernehmen wir auch diese Äußerung, um unsern Lesern in dieser für die Öffentlichkeit bedeutungsvollen Frage ein einwandfreies Urteil zu ermöglichen. Der Magistrat schreibt uns:

Die Vergütungen, die das Personal des Stadttheaters erhält, sind in den letzten Jahren wiederholt erheblich erhöht worden, zuletzt im November 1919. Demals haben die Vorstände des gesamten Personals schriftlich erklärt, daß für die Dauer der Spielzeit 1919/20 keine weiteren Forderungen erhoben werden würden.

Am 10. Januar 1920 erhob trotzdem zunächst der Vorstand des Stadttheaterorchesters neue, sehr weitgehende Forderungen. Am 19. Januar forderte der Ausschuss der Solomitalglieder für die letzteren neue Zulagen in der gleichen Höhe wie die vom Orchester verlangten. Es handelte sich um einen Zuschlag von mindestens 50 Proz. zu den gegenwärtigen Gehältern mit Rückwirkung vom 1. Dezember 1919 ab, um ein Wartegeld von je 500 Mk. für die Mitglieder, die für die kommende Spielzeit wieder engagiert würden, um eine Kinderzulage von 50 Mk. monatlich für jedes Kind der mindestens 10 Jahre lang hier ansässigen verheirateten Mitglieder und um die Uebernahme sämtlicher Versicherungen durch die Direktion oder den Magistrat. Die Erfüllung aller dieser Forderungen, zu denen der Theaterdirektor als Arbeitgeber, der seine vertraglichen Pflichten dem Personal gegenüber voll erfüllt hat, sich nicht in der Lage sah, und die daher von der Stadt übernommen werden mußten, hätten den Haushaltsplan des Stadttheaters mit einer Mehrausgabe von etwa 400 000 Mk. belastet. Da die Stadt schon bei den gegenwärtigen Gehältern einen Zuschlag von mehreren 100 000 Mk. für das Theater aufwenden muß, und sich die Eintrittspreise nicht mehr beliebig erhöhen lassen, mußte diese Forderung abgelehnt werden. Unter Wissen und Bewilligung des Magistrats verhandelte aber Herr Theaterdirektor Schaper zunächst mit dem Orchesterpersonal, das sich auch schließlich bereit fand, alle anderen Forderungen fallen zu lassen und nur für die Beschaffung der Instrumente und deren Ersatzteile vom 1. Dezember 1919 ab eine besondere Vergütung von 175 Mk. monatlich verlangte. Die Solomitalglieder aber ersuchten den Magistrat in einem Schreiben vom 10. Februar um Abgabe einer endgültigen Erklärung bis zum 16. Februar mittags 12 Uhr mit dem Inhalt:

„Der Magistrat dürfe sich darüber klar sein, daß wir unter Anwendung aller uns zu Gebote stehender Mittel unsere Forderungen voll und ganz behaupten werden.“

Darauf hat der Magistrat nach Besprechung in einem Ausschusse der städtischen Verwaltung in einem Schreiben vom 13. d. Mts. geantwortet, indem er darauf hinweist, daß mit der schriftlich erklärten Verpflichtung des Personals, für die Spielzeit 1919/20 keine weiteren Forderungen zu erheben, ein Vertrag zustande gekommen sei, über den hinaus rechtliche Ansprüche nicht geltend gemacht werden könnten. Neue und Ueberhöhten werden eschäftet werden, wenn geschlossene Verträge schon nach wenigen Monaten nicht mehr als verbindlich erachtet werden sollten. Die Stadt sei im November 1919 mit den Verabreichungen soweit gegangen, als irgend verantwortet werden konnte. Trotzdem sei der Magistrat in Anbetracht der Lenkung bereit, wieder entgegen zu kommen. Es würden aber von den verschiedensten Seiten von den Beamten, der Angestellten verschiedener Gruppen, den Lehrern, Arbeitern und anderen Kreisen z. B. Ansprüche auf Zahlung weiterer Zulagen an die Stadt erhoben. Die Forderungen seien so weitgehend, daß zu ihrer Befriedigung Millionen erforderlich wären, und daß die schon außerordentlich gespannte Finanzlage der Stadt dadurch den schlimmsten Erschütterungen ausgesetzt würde. Es müsse gründlich geprüft werden, inwiefern die

die Deutschen Stromgebiete zwischen Danzig und Memel mit Ausnahme der staatlichen Betriebsverwaltungen für allgemeine verbindlich erklärt. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit dem 15. November 1919. Ihre Ausdehnung auf die staatlichen Betriebsverwaltungen bleibt vorbehalten.

Stadt instande sei zu helfen, und die Hilfe möchte nach Möglichkeit einseitigen Grundsatzen gewährt werden, ohne daß eine Gruppe vor anderen vorgezogen werde. Die Prüfung erfordere Zeit. Es sei ausgeschlossen, daß bis zum 16. Februar eine Entscheidung getroffen werde.

Das Schreiben weist weiter darauf hin, daß die Danziger Presse vor der Lüge stehe, und daß es wenig erfreulich wäre, und nach außen einen schlechten Eindruck machen müßte, wenn in der Meffezeit das Theater geschlossen wäre. Der Magistrat könne aber einen Zwang zur Erfüllung rechtlich unhaltbarer und auch im übrigen viel zu weitgehender Forderungen nicht dulden. Erfüllen die Mitglieder des Stadttheaters ihre Vertragspflichten nicht, weil die von ihnen geforderte Hilfe nicht in dem begehrten Umfang und nicht in der von ihnen gestellten Frist erfolge, so müßten sie die Verantwortung tragen.

Mündlich ist den Mitgliedern des Soloperpersonals in Aussicht gestellt, daß mit möglichster Beschleunigung über die ihnen zu gewährenden Hilfe verhandelt und entschieden werden solle. Trotzdem sind sie doch vor der Eröffnung der Presse in den Streik getreten, der es unmöglich macht, die Vorstellungen im Stadttheater weiter zu führen. Hervorgehoben sei, daß sich andere Teile des Personals anders verhalten haben. Das Chorpersonal hatte zunächst beschlossen: „Wir halten uns an unsere Unterschrift gebunden und stellen keine neuen Forderungen. Werden jedoch die Bezüge irgend einer Gruppe erhöht, so verlangen wir dasselbe.“

Das die Lenkung sich seit November v. J. verschlechtert hat, ist richtig. In Abrede wird aber gestellt, daß sie derartig geringen ist, daß die neuen Forderungen in ihrem weitgehenden Umfang gerechtfertigt wären. Würden sie erfüllt, so müßte, da durch starke Erhöhung der Theaterpreise eine Deckung nicht zu erzielen wäre, weil bei einer solchen Erhöhung der Besuch des Theaters erheblich zurückgehen würde, eine beträchtliche Steuererhöhung erfolgen, die besonders bei denen Unwillen hervorrufen würde, die nicht oder nur selten das Theater besuchen. Wenn die Mitglieder des Soloperpersonals berechnen, daß sie bei ihren heutigen Einkünften große Fehlbeträge haben, so sind in diese Berechnungen die sich im einzelnen kaum nachprüfen lassen, irgend welche Nebeneinnahmen, insbesondere für die spielfreie Sommerzeit, nicht eingerechnet. Es ist aber bekannt, daß solche Nebeneinnahmen vielfach vorhanden sind. Was die Ausgaben anbelangt, so gilt für die Künstler dasselbe, wie für viele andere Kreise der Bevölkerung, daß sie in dieser schweren Zeit auf äußerste Einsparung gezwungen sind. Wir überlassen es jetzt dem Urteil der Allgemeinheit, wie sie diesen vom Jaun gebrochenen Streik beurteilen will.

Wir hätten gewünscht, daß der Magistrat sich auch zu unseren Anregungen hinsichtlich der Ausdehnung der Spielzeit und der Spielgemeinschaft mit Hinterpommern geäußert hätte. Dem erkennen wir an, daß der Magistrat den Weg der Verhandlung nicht abgelehnt hat. Auch trotz des Streiks sollte er ihn nicht verlassen. Nach unserer Kenntnis der Dinge stehen auch die Künstler auf diesem Standpunkt. Nur waren sie darüber stark verstimmt, daß die Neuerung des Magistrats in so langen Zeiträumen erfolgte, daß der Verdacht der Verschleppung begründet schien.

Wie wir erfahren, hat Direktor Schaper die Forderungen der in Frage kommenden Bühnengemeinschaften, der Deutschen Bühnengemeinschaft und des Deutschen Bühnenerzins, um ihre Vermittlung erucht. Auf diesem Wege dürfte es am besten gelingen, zu einem befriedigenden Ausgleich zu kommen. Auf jeden Fall ist die hierdurch gewählte parlamentarische Form der Auseinandersetzung diejenige, die den künstlerischen und öffentlichen Interessen, die hier entscheidend in Frage kommen, am besten dienlich. Auch der Künstlerstreik wird so am besten Rechnung getragen.

Der Schandfleck.

Eine Dorfgeschichte von Ludwig Anzengruber.

80) (Fortsetzung.)
muß, nachher nimmer. Ja, schau Dirn, verdammt sich nur ein jeder zu bezwingen, keine Schlichtigkeit gab es mehr in der Welt, keine Sünde mit Freilich, meine liebe Dirn, kann ich nach dem kurzen Augenschein mit wissen, wie weit du über dich Herr bist, aber du gibst dir das Ansehen, wie ein, daß dich bei sich selber in Respekt zu sehen weiß, und das selbe gelassene Wesen wirkt auch auf andere, denn wenn die Aerzte sagen: — du magst haben oder trinken — daß sich vom Wasser mittelst, was darin steckt und dich krank macht, so mehr wird sich doch, was in dem Menschen Gutes oder Böses steckt, einem andern mitteilen, der mit ihm häufig Umgang hat! So weit war es mir wohl recht, du lästest dich entsetzen und gingst mit mir und schaust dir unsere Kleine an. Dann hast auch so ruhiges, bodenfestes Gesicht; das ist eine Gottesgabt, wann ein mit den Augen reden kann. — wo oft keine tausend Worte fließen, hilft das. Ja, ja. Wieder fahnen die Finger in das weiße Haar und aufseufzend sagte er: „Ah, mein, hätt' ich dich mit dir, fragst nie und sagst nie.“
„Ja, mußt ich denn, daß du schon fertig bist? Und bevor ich dich's dich mit jenen, daß ich dir in die Hand fass'!“
„Weißt du, aber! Freilich muß ich's Wort führen, daß die Red mit einschläft, aber du siehst da wie ein Stummerl und läßt mich schon die längste Zeit her über reden.“
„Was soll ich denn sagen, Bauer? Mir wär's schon recht, wenn sich's so schiden möcht, wie du denkst; aber wer weiß, sag mich die Kleine Dirn leiden?“
„Du, so wären wir doch so weit einig, daß du mitgingst?“
„Mitgehen tu ich dir schon.“
„Na, und sollten mer uns vergeblich Mühe machen, so brauchst doch du nit zu sorgen wegen dem, was du verläumst und verfluchst, weil die Reife unterbricht, der Grabden-Bauer is mein Schwiegerjohn und der laßt sich nit spotten und dann bringe ja ich dich hin und ich bin dir wohl auch für den Scherz, was jedes Kind in Föhrendorf und in Ginterwalde, wo ich dabei bin, kennt mich, den Bauer vom Hof auf der weiten Gald. Also es gilt Dirn.“ Er hielt die Rechte hin und Magdalena schlug ein.

„Mit geh ich,“ sagte sie, „aber für den Ausgang seh' ich nit, denn was Aussehn alles richten soll, da kommt eben aufs Anschauen an.“
„Wohl, aber beim Anschauen auch aufs Aussehn, daß ich nit so, mach' ich mir ein Gewissen daraus machen, dich von dem gewesten Weg abzureden. Wann die Eisenbahn zunächst wieder hält, steigen wir aus und fahren hinter nach Föhrendorf. Schau dich halt an, 's klein Menschert, wirt ja nachher wohl verstehen, wie dem Großvater hart geschieht, daß er wildbrende Leute inmitten Wegs anspricht, denkt er, sie könnten da helfen, wo er nit kann.“
Magdalene griff mit beiden Händen nach denen des alten Mannes.
„Bist gut,“ lächelte er, „und es ist schon von dir, daß du mitkommst.“
Als der Zug hielt, stiegen beide aus. Der Mann, der am Ausgang stand, grüßte den Bauer vom Hof auf der weiten Gald und als er Magdalena die Karte abnahm, rief er lachend: „Oh, liebes Kind, so weit sind wir noch lang nit.“
„Sie unterbricht die Fahrt,“ sagte der Bauer.
Der Stationsdiener griff abermals an den Schirm seiner Kappe. Der Bahnhof lag auf einem Hügel und eine schattige Allee führte hinunter nach dem Dorfe, das in hellem Sonnenbrande lag.
„Sie sie in den Baumgang treten, hielt der Alte 's Hand hoch vor den Mund und schrie leise: „Gott!“
„Ja,“ grüßte es von unten herauf, und als der Bauer und das Mädchen am Fuße des Hügel's angelangt waren, raffelte ein kleines Mädelchen heran.
„Na, bist schon da, Bauer? Grüß Gott!“ sagte der Anecht, der die Pferde lenkte. Es war ein langer, dürrer Mensch, er qualmte aus einem sogenannten Hasenmäuler, einer Pfeife mit einem ganz kurzen Köpfe, aber der Kopf bewegte sich so groß, daß das hohe Kinn und die hohlen, braunen, rutiligen Wangen fast dahinter verschwand, den oberen Teil des Gesichtes verbedete der breitköpfige Hut, den er zum Schutze gegen das grelle Sonnenlicht, tief in die Stirne gedrückt hatte.
Der Bauer lachte auf den St. „Dann reichte er Magdalena die Hand und haß ihr an seine Seite. „Fahrt zu,“ sagte er zum Anechte.

„Ja, Bauer,“ lächelte der Bauer er die Zügel anzug, „wer bringt denn da mit dir?“
„Für den Schwiegerjohn sein Hof, eine Gesellschafterin für unser klein Bürgel (Walburga) meine ich.“
Der Anecht sah dem Mädchen in das Gesicht, dann nickte gegen den Bauer. „Nicht es sicher auch meinen.“ Damit schlang er die Rechte und das Gesicht rollte dahin: „Gott, das ist die Kleine an den kleinen Häusern des Dorfes vorüber, da'n eine Weile inmitten von Feldern und Wiesen, zuletzt bog sie in ein Wäldchen ein und als sich die Bäume wieder lüchteten, da, ich meinte sie, war endlich, auf einer weiten Ebene zwischen Wiesengründen dahin. Ferner blickte das Kreuz eines Kirchturmes.“
„Während der Fahrt fiel kein Wort, außer dem einen und dem andern, mit welcher sie und da der Anecht die Pferde einwickelte, die Füge war brüchig und der dicht anrückende Straßenrand ließ es kaum erscheinen, der Hund geschloß zu halten. Es lief es wohl auf günstigere Gelegenheiten vor, sich etwas mitzuteilen. Erst als der Kirchthurm schon hoch aufragte und nunmehr unter ihm die Häuser wie aus dem Boden austauchten, zeigte der Alte darnach.“
„Föhrendorf,“ sagte er.
Und nach einer Weile, als sie noch näher an den Ort heran kamen, hob er wieder weisend die Hand.
„Quer über Feld und längs der Straße lief in unabsehbarer Reihe Buchweizen dahin, das tieferes Weizenfeld umsoigte, und gang fern, scharf vom hellen Himmel abgehoben, zeigte sich ein dunkler Streif, der gleichfalls wie eine Gasse aussah, in der Lat aber ein Föhrenwäldchen war, das am Rande einer Feldmark stand; dort stellte sich nämlich der Boden beträchtlich ab und, weil tiefer gelegen, breitete sich von da eine zweite Ebene aus, fast so weit wie die obere.“
Diesmal streckte der Bauer die linke Hand aus und rief von da, wo die Büsche querschnitt liefen, gleichsam über die Wiesen hinweg, bis zu dem dunklen Föhrensaume, gegen den er den Zeigefinger ein wenig hob.
„Der Grabden,“ sagte er, und als er das Mädchen veranlaßt aufzublicken, rief er lachend, dann aber lenkte er plötzlich den Kopf und murmelte: „Mangel wäre freilich keiner.“
(Fortsetzung folgt.)

Brot statt Kuchen.

Die Brotkrone ist gefüllt und das Getreide wird wieder stärker ausgemahlen, mühen gibt es nicht nur weniger Brot, sondern es wird auch wieder schlechter!

Wie vereinbart sich diese Verfürgung und Verschlechterung des Brotes aber mit den vielen Kuchen, Stollen, weichen Brötchen usw., die die Bäcker zu verkaufen haben? In fast allen Bäckereien Danzigs werden täglich große Mengen von Kuchen usw. zu unterschiedlichen Preisen verkauft und müssen selbst von den minderbemittelten Leuten gekauft werden, weil das Brot nicht ausreicht und „Hunger weh tut“! Besonders bei der zurzeit herrschenden Kartoffelknappheit wird die Situation der Brotkrone sehr schmerzhaft empfunden.

Wenn das jetzt für die Herstellung der Kuchen verwandte Mehl auf Lebensmittelarten verteilt oder zur Verbesserung und Vergrößerung der Brotkrone verwendet werden würde, käme es der Allgemeinheit zugute, während jetzt nur eine bestimmte Erwerbsgruppe einen unverhältnismäßig hohen Gewinn einstreicht. Nach der Menge der angebotenen Backwaren zu urteilen, kann das für diese Zwecke nötige Quantum Mehl nicht klein sein.

Ebenso mühte es bei der jetzigen klauen. Witterung dem Magistrat möglich sein, mehr Kartoffeln heranzuschaffen. Die großen Scharen Hamsterer, die täglich mit 1 Zentner und mehr Kartoffeln vom Lande angefahren kommen, zeugen davon, daß bei den Landwirten genügend Kartoffeln vorhanden sind und diese nur zur Erlangung von Wucherpreisen zurückgehalten werden.

Brot und Kartoffeln sind aber die Hauptnahrungsmittel für den größten Teil der Bevölkerung (Mühlenerzeugnisse gibt es auch fast gar keine). Darum mehr Brot statt Kuchen und mehr Kartoffeln durch schärferes Erfassen der Vorräte in der Landwirtschaft!!!

Zu der Lohnbewegung im Baugewerbe.

Vom Deutschen Bauarbeiterverband wird uns geschrieben: Als Antwort auf die Einreichung unserer Forderung teilt uns der Arbeiterverband mit, daß es ihm unserer so unerwartet hohen Forderung wegen im Augenblick nicht möglich ist, selbstständig darüber zu verhandeln und daß er Informationen einholen will. Der Danziger Arbeitgeberverband ist aus dem Deutschen Arbeiterverband für das Baugewerbe, mit dem unser Verband die Tarifverträge am 13. Februar für die deutschen Bauarbeiter regelt, ausgetreten. Wer nun die Informationen erteilen soll, ist uns unbekannt. Wir wollen nun noch ganz allgemein zu dem, was unser Kollege Brill in der Vertrauensmännerversammlung hat, hinzufügen, daß die Ermahnung, die Arbeiter sollen nicht immer erneut Lohnforderungen stellen, unberechtigt ist. Die dauernden Preissteigerungen, wie sie die amtliche Rebericht nachweisen, zwingen die Arbeiter zu neuen Forderungen. Sollen die Arbeiter denn dahin gebracht werden, daß sie in wenigen Jahren mit ihrer Arbeitskraft und ihren Bedürfnissen auf dem Stande chinesischer und indischer Kulis angelangt sind? Ist es unbedingt nötig, daß die Arbeiterklasse nun auch die Kosten des Friedens allein auf ihre Schultern nimmt, nachdem sie die Lasten des Krieges getragen? Schließlich lauft doch sowohl das Gebanfenloß, als das böswillige Gerücht von den übermäßig hohen Löhnen darauf hinaus.

Wer Gelegenheit hat, öfters Gespräche zu lauschen, in denen unsere jetzige Wirtschaftslage erörtert wird, der kann immer wieder hören: „Und dann bei den heutigen Arbeitslöhnen. Wo soll das hin führen? Wer soll da noch bauen oder sonst etwas für sich machen lassen?“ Dabei erfährt man recht oft, daß gerade Leute, die für sich schon verhältnismäßig sogenannte Wirtschaftsbesseren, Grundstückbesitzer usw. in Anspruch genommen haben, so reden. Das zeigt zunächst einmal von großem Mangel an Billigkeitgefühl. Derartige Leute nehmen für sich das Recht zu fordern in Anspruch, wollen es aber den Arbeitern nicht zugestehen. Zum andern wird dadurch ihre Einsticht in unsere Volkswirtschaft gerade nicht in glänzendes Licht gestellt; so müßten sie sich sagen: wer nur knapp leben verdient, um die reikierten Waren zu kaufen, der trägt wegen Mangel an Kaufkraft nicht zur Belegung der Gewerbetätigkeit bei.

Welche Rolle spielt die Lohnhöhe in volkswirtschaftlicher Hinsicht? Wenn heute der Arbeiter von seinem Wochenlohn nicht einmal die beschränkten Lebensmittelmengen kaufen kann, wie soll dann jene Industrie wieder aufleben, die hauptsächlich Verbrauchs-

artikel für den innern Markt herstellt? Wer soll Waren kaufen, wenn das Volk kein Geld dazu hat? Außerdem soll doch auch die Ernährung in Menge und Güte nicht auf dem alten Stand bleiben. Das Volk soll mehr und bessere Lebensmittel erhalten. Zu beachten ist ferner, daß der Arbeiter nicht nur Produzent und Konsument ist, sondern auch Steuergeld für Gemeinde und Staat ist. Unternehmer, Politiker, Staatsmänner, Journalisten aller Parteien haben während eines ganzen Jahres ihre Hauptaufgabe darin erblickt, den Arbeitern zu predigen, nicht immer Lohnbewegungen zu machen. Durch die fortgesetzten Lohnsteigerungen usw. würde die Industrie ruiniert und was an dergleichen Redensarten mehr mit weisheitsvoller Miene hergesehen wurden. Eine schlechtmacht, schlechtmacht und schlechtmachtende Arbeiterklasse kann nicht so viel leisten, wie ihre beiderseitigen ausländischen Konkurrenten. Man soll also vor allem die Arbeiterklasse durch Zahlung ausreichender Löhne und entsprechende Aufhebung der sonstigen Arbeitsbedingungen anspornen zu erzeugen. Es ist auch eine ziemlich weit verbreiteter Trugschluß, daß ein Lohn deswegen teurer produziert, weil in ihm die Arbeitslöhne höher sind wie in andern Ländern. Die Leute, die so argumentieren, richten dabei ihre Blicke auf die nackten Stunden- und Wochenlöhne. Maßgebend für Wettbewerbsfähigkeit einer Industrie ist aber doch das die Leistungsfähigkeit der Arbeiterklasse so groß ist, daß der auf eine bestimmte Menge fertiger Ware entfallende Lohn geringer ist als beim Konkurrenten. Geringere Löhne verhindern die Förderung der Erzeugung, die Steigerung der Leistungsfähigkeit.

Das Kartoffelknapp. Durch die Abtrennung Danzigs vom Deutschen Reich ist die Stadt in der letzten Zeit ohne jede Zufuhr an Kartoffeln geblieben. Die polnischen Behörden haben eine Ausfuhr aus den polnischen geborenen Gebieten Westpreußens, von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht zugelassen. Inzwischen sind jedoch von dem Wirtschaftsrat der Stadt Danzig mit der polnischen Regierung erfolgreiche Verhandlungen geführt worden. Immerhin ist noch nicht abzusehen, wann die Stadt Danzig wieder in ausreichender Maße mit Kartoffeln beliefert werden wird.

Verurteilungen der Gerichtsbeamten. Die Gerichtsbeamten in Danzig haben mittlerweile ihre 150 Proz. Zuschlag zur Vermögenszulage ausgezahlt erhalten. Nur die Hilfsbeamten sind noch leer ausgegangen.

Aus den Berichtsfällen.

Schwurgericht. Die am 23. Febr. 20 beginnende Schwurgerichtszeit dürfte etwa 2 Wochen in Anspruch nehmen. Es kommen voraussichtlich etwa 20 Fälle zur Erledigung. Bis jetzt sind zur Verhandlung folgende Straffachen angelegt: am 23. Febr. gegen den Kaufmann Bogislaw v. Balowski in Danzig wegen Anklagenverletzung usw. Am 24. Febr. gegen den Schreibergesellen Bruno Wachowiak, den Glaser Otto Weller, den Arbeiter Albert Hartmann und den Arbeiter Friedrich Hamlandt, alle in Haft wegen Meuterei. Dann noch in einer Sache Günther. Am 25. Febr. gegen den Fleischer Johannes Karlowitz in Danzig wegen Körperbeschädigung mit Todesfolge. Am 26. Febr. gegen den Arbeiter Albert Waff in Danzig, den Arbeiter Albert Behling in Neufahrwasser, den Arbeiter Albert Kräger in Neufahrwasser und den Arbeiter August Schmitz in Neufahrwasser wegen Landfriedensbruchs.

Ein Garbetrobenmörder. Der Arbeiter Paul D. in Oliva hatte sich bereits einmal wegen eines Garbetrobenbiefstahls vor dem Schöffengericht zu verantworten, wurde damals aber freigesprochen. Jetzt fand er unter der gleichen Auflage vor Gericht. In Thierfelds Hotel war ein Vergnügen, zu dem auch der Angeklagte ging. Er benutzte die Gelegenheit, sich in die Garbetrobe einzuschleichen und einige Sachen zu stehlen. Das Gericht verurteilte ihn wegen Diebstahls zu 1 1/2 Jahren Gefängnis.

Geiß für eine deutsche Kriegsflagge. Der Schlosser Wilhelm St. in Wengebe war auf der Danziger Reichswehr beschäftigt und fand hier am 2. August 19 eine deutsche Kriegsflagge, die er an sich nahm. Er tauschte dann bei englischen Seite gegen diese gefohlene Kriegsflagge ein. Das Schöffengericht verurteilte St. wegen Diebstahls zu sechs Wochen Gefängnis.

Solchdiebstahl mit Widerstand gegen die Staatsgewalt. Die Fischer Ernst R. und Emil M. in Schieneworff nahen in der Staatsforst einen Kiefernstamm im Werte von 16 M. und widerstehen sich den beiden Forstführern, die sie überraschten. Das

Schöffengericht verurteilte jeden der beiden zu 160 M. Geldstrafe, 16 Mark Werksah und M. wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu sechs Wochen Gefängnis. R. hatte versucht, M. von dem Widerstande abzuhalten.

Ein Nahrungsmittelhändler. Der Kaufmann Richard P. in Danzig verkaufte Kunstlimonade-Glasen mit Himbergeschmack, ohne diese Ware hinc und als Kunstlerzeugnis zu bezeichnen. Die Limonade war als Himberklimonade, Zitrusperle und Himberleite mit Zucker verkauft worden. Nach dem Gutachten des Sachverständigen Dr. Pau lag hier eine ungenügende Kennzeichnung der Ware vor. Das Schöffengericht verurteilte P. wegen Betrugs gegen das Nahrungsmittelgesetz zu 50 Mark Geldstrafe.

Filmschau.

Odeon- und Eden-theater: „Die Hebenie Großmacht.“ Napoleon I. hat das Wort von der Presse als der siebenten Großmacht gebräut. Und da der Verfilmerei ja heut nichts mehr heilig ist, hat die Kontinent-Filmgesellschaft das Wort aufgegriffen und ein Trübsch schreiben lassen, das verkündet die Verächtlichkeit des napoleonischen Ausspruches demonstrieren soll. Das das nicht erstöpsend gelungen ist, sei gleich vorweg gesagt. Bei der Schwierigkeit der Materie war das aber auch nicht anders zu erwarten. Die Menge des „interessanten“ Bemerkes hat schließlich das Problem verfehlt. Geblieben ist ein guter erträglicher Durchschnittsroman, für den alle Möglichkeiten, die der Kinematographie gegeben sind, und ganz besonders eine ausgezeichnete Photographie benützt wurden.

Auschnitte von hoher landschaftlicher Schönheit tun dem Auge wohl. Ueberhaupt ist die Stellung der Bilder als musterträchtig anzusprechen. Eine Kaskade von Künstlern der verschiedensten Berliner Bühnen erhebt den Film auch darstellerisch über die häufig besagte Oberflächlichkeit der Lichtbühne.

Daß auch Kieselhausen die Musik ihrer plastischen Tanzkunst durch den Reflektor wiedertrahlt, sei nur nebenbei erwähnt, da ihr Name durch das morgige Gastspiel sicher Interesse in Danzig findet.

Eine bei dieser Gelegenheit dem Orchester: Ich konnte mit dem besten Willen nicht den Geist der Musik mit dem Geist der Kieselhausenschen Tanzbilder in Einklang bringen. Es kommen heutzutage aber auch feinsinnigende in die Filmbühne. . . —a.

Aus dem Freistadtbezirk.

Zoppot, 17. Febr. Beschossen wurden gestern die harmlos dem Fischfang obliegenden Zoppoter Fischer in der Danziger Bucht von polnischen Maschinengewehren. Den Munnungslosen piffen auf einmal die Kugeln von Adlershorst aus durch die Tafelage um die Ohren, das Leben der Insassen aufs äußerste bedrohend. Die Insassen warfen sich ins Boot und segelten an Land, wo sie durchsucht und ihre Fischvorräte und Jagdgewehre beschlagnahmt wurden. Nach Aussage des polnischen Offiziers sollen sogar zwei Boote durch das Feuer zum Sinken gebracht worden sein. Es wird jeglicher Fischfang in der polnischen Zone verboten, doch hat die Maßnahme ohne Warnung größte Erbitterung bei den Fischern hervorgerufen, die Protest beim Magistrat erhoben haben.

Dies ist wieder eine neue und nichts weniger als angenehme Ueberraschung, durch die sich die polnische Herrschaft einleitet. Durch solche schneidige Marinepolitik wird sich Polen wahrlich keine Sympathien erwerben. Hoffentlich wird dafür gesorgt, daß den Fischern jeder Schaden ersetzt wird.

Gewerkchaftliches.

Die Landarbeitereinstellungen.

Die Landarbeitereverbände Pommerns protestieren, daß der Landbund als Arbeitnehmerorganisation in Frage käme. Die großen Arbeitereinstellungen stehen jetzt vor dem Schlichtungsausschuß in Stralsund, der den Landbund anerkennt, worauf die anderen Organisationen Berufung einlegten. Die Regierung wird jetzt sprechen müssen.

Preiswerte Damen-Konfektion kauft man bei Spitzer.

Bernstein, das Gold der Ostsee.

Zur Danziger Frühjahrsmesse (18.—25. Februar) werden die Vereinigten Danziger Bernsteinwarenfabrikanten eine große Bernstein-Kollektivausstellung bringen. Hierzu schreibt uns der Obermeister Wipff der Danziger Bernsteinhändler-Vereinigung:

Schon ungefähr 500 Jahre vor Christo haben die städtischen Väter eine Handelsstraße in Gebrauch genommen, die von den Seefahrern des Mittelalters über das Rhein- und Rheinstal bis zum heutigen Danzig führte, um von dort den Bernstein zu erhalten. Und diese alte Tradition, Bernstein beim Bernsteinwarenfabrikanten aus Danzig zu beziehen hat sich bis zum heutigen Tage erhalten.

Zur Zeit Karls wurde der Bernstein in Rom höher als Gold geschätzt und Plinius berichtet uns, daß die Kisten und Leinwand, sowie die Krone, die zu den Gladiatorenkämpfen dienten, reich mit Bernstein geschmückt waren. Schon damals wurde der Bernstein von den Römern als Bierst für Möbel und Geräte und als Schmucksteine, insbesondere zu Ringen, zum Röhren der Hände, verwendet.

Das Recht auf den von der See ausgepöhlten Bernstein hatten die Herzöge von Pommern und von diesen übernahm es der Deutsche Ritterorden und dieser war es auch, der die kunstgewerbliche Verarbeitung der Bernsteins förderte. Als dann später das Recht auf die Gewinnung des Bernsteins auf den Herzog von Pommern überging, übertrug er die Gewinnung des Bernsteins einer Handelsgesellschaft Danziger Kaufleute, an deren Spitze Peter Jasti oder Jasti stand. Demselben im Jahrhundert lang hatte diese Gesellschaft den Bernsteinhandel vollständig in Händen, erstritten aber Abgaben an sich über Konstantinopel bis in den fernsten Orient hinein. Der Große Kurfürst löste dann 1647 den Vertrag mit der Handelsgesellschaft auf und der Staat selbst übernahm wieder das Bernsteinregal; aus sich große Entschlossenheit aus

den Bernsteinhändlern zu verschaffen, verpachtete der Staat dann später wieder die gesamte Bernsteingewinnung an die Firma Stantien und Weder.

Dieser blieb es vorbehalten, die Bernsteingewinnung auf eine angelegte Höhe zu bringen. Von dieser Firma übernahm 1899 der Staat wiederum selbst das Bernsteinregal, und zwar wurde die Verwaltung dadurch gegeben, daß die Firma Stantien und Weder den Fabrikanten zu wenig kleinere Rohsteinarten lieferte, in der Annahme, daß die Fabrikanten die feineren Materialien nach Oesterreich verkaufen, wo diese zur Herstellung von Preßbernstein, genannt Ambroid, verwendet wurden. Es ist dieses ein Verfahren, feineren Stücke zu größeren Platten zusammenzufügen. Der Staat übernahm dann später die Herstellung des Preßbernsteins selbst, so daß heute die Gewinnung von Roh- und die Fabrikation des Preßbernsteins in Händen des preussischen Staats liegt.

Die Verarbeitung des Bernsteins wurde seit dem größten Teil in Danzig vorgenommen, wo die Bernsteinhändlervereinigung im Jahre 1477 gegründet wurde, und von wo jahrhundertlang die Bernsteinwaren in allen Teilen der Welt selbst bei den wilden Völkern gehandelt wurden.

In verschiedenen Künsten, z. B. im Grünen Emaille in Dresden, sind bedeutende Kunstwerke aus Bernstein heute noch vorhanden. Die Jugend schenkt, in welcher kunstgewerblicher Art Bernstein feinerzeit verarbeitet wurde. So sehen wir Schnitz-, die geschmackvoll mit Bernstein eingelegt sind, ferner wunderbar geschmückte Figuren, Eckschmuck, Rahmen, Konfektbehälter, Büffel, Kästchen, Leuchter, Krone, Becher, dergl. Artzstücke, Krüge und weiteres mehr.

Die Kunst der Arbeiter gingen allerdings im Laufe der Jahrhunderte zurück und um das Jahr 1890 lieferte die Bernsteinwarenfabrikanten vorher vornehmlich für den Export bestimmte Perlen, Nüsse und Ornament-Strahlen ziemlich kümmerliche Schmuckstücke für die Saison der Bodewitz. Erst einige Jahre vor

dem Kriege begann man wieder den kostbaren Stoff auf geschmackvollere Art zu verarbeiten, unter vielfacher Verwendung von künstlerisch ausgeführten Fassungen aus Edelmetallen.

Während vor dem Kriege die Danziger Bernsteinwarenfabrikation große Geschäfte mit dem Ausland machte, ersägte durch den Krieg ein vollständiger Abbruch dieser Handelsbeziehungen. Wohl war es möglich, mit dem neutralen Auslande die Beziehungen aufrecht zu erhalten, aber den Hauptabfah mußten sich die Bernsteinwarenfabrikanten im Inlande suchen. Es wurde ihnen dieses erleichtert durch das Verschwinden des Gold- und Silber Schmuckes vom deutschen Markte. Und so sind Bernsteinwaren im Kriege ein sehr beliebter Schmuckartikel auch im Inlande geworden. Während des Krieges ist die Fabrikation von einer Heimindustrie zur Fabrikindustrie übergegangen; auch ist es mit großer Mühe und Kosten gelungen, die Bernsteinspinnfabrikation, die vor dem Kriege vornehmlich in Wien verbreitet war, nach Danzig zu verpflanzen, so daß der allgemeine Markt sowohl seine Schmuckwaren, als auch Hauptqualitäten von jetzt ab am Plage Danzig erhalten kann. Nach Wiederaufnahme der alten Handelsbeziehungen erwies sich, daß das Ausland vielleicht mehr denn je Bernsteinwaren bedarf. Bei der geringen Produktion von Rohbernstein ist es nicht möglich, auch nur annähernd den Bedarf des Auslandes zu decken. Doch hofft man bei einer Mehrbelieferung der Staats Bernsteinwerke mit Rohstein, die Produktion des Rohbernsteins zu heben, um so dem Bedarf des Auslandes Rechnung zu tragen.

Trotz der enormen Schwierigkeiten, mit denen Danzigs Bernsteinwarenfabrikation zu kämpfen hat, sucht sie dennoch mit Erfolg auf der Höhe zu bleiben.

Die Danziger Bernsteinwarenfabrikanten, deren maßgebendste sich unter dem Namen Vereinigte Bernsteinwarenfabrikanten G. V. vereinigt haben, werden auf der Danziger Frühjahrsmesse 1920 den Kaufmann zu führen suchen, daß ihre Erzeugnisse in der besten Form und an erster Stelle stehen.

Wintersmesse Danzig
 (Wilhelm-Schützenhaus)
 Mittwoch, den 18. Februar, abends 6 1/2 Uhr
 Kapellmeister Dr. Hess.
9. Symphonie von Beethoven
 Solisten: Ethel Hansa v. d. Staatsoper
 Berlin, Kammerängerin Ottilie Metzger-
 Lattmann v. d. Staatsoper Dresden,
 Kammeränger Waldemar Henke v. d.
 Staatsoper Berlin, Kammeränger Theo-
 dor Lattmann, Dresden, Hugo Socnik,
 Danzig.
 Orchester: Das verstärkte Stadttheater-
 Orchester
 Chor: Danziger Singakademie, Volkachor,
 Seminarchor.
 Karten: Mk. 2.50 bis Mk. 12.—

Donnerstag, den 19. Februar, abends 6 1/2 Uhr
 Leitung: Hans Waldow.
Tanz-Gastspiel
Lucy Kieselhausen
 mit vollständigem neuem Programm.
 Karten Mk. 3.— bis Mk. 12.—

Freitag, den 20. Februar, abends 6 1/2 Uhr
 Leitung: Paul Staenge.
Lieder-Abend des
Danziger Männer-Gesangvereins
 Solistin:
Lilly Hafgren-Waag
 von der Staatsoper Berlin.
 Karten Mk. 2.50 bis Mk. 8.—

Sonnabend, den 21. Februar, abends 6 1/2 Uhr
 Leitung: Kapellmeister Viktor Wollig, Schwarz.
7. Symphonie E-dur
 von Anton Brückner.
 Ouvertüre zu „Leonore“ Nr. 3
 von L. v. Beethoven.
 Verstärktes Stadttheater-Orchester.
 Solist:
Alfred Wittenberg
 Berlin, Violinvirtuose.
 Karten Mk. 2.50 bis Mk. 10.—

Abends 7 Uhr. Abends 7 Uhr.
Kurhaus Zoppot.
 Grosser Saal
Grosser Ball.
 Sonntag, den 22. Februar
 11 Uhr **Fest-Matinee** 11 Uhr
 Leitung: Dr. Hess.
 Solisten: Olli Simini v. d. Oper Helsing-
 fors (Sopran), Eno Lindholm, Helsing-
 fors (Flügel).
 Verstärktes Stadttheater-Orchester.
 Karten Mk. 1.— bis Mk. 6.—

6 1/2 Uhr Leitung: Hans Waldow. 6 1/2 Uhr
Grosser Lustiger Abend.
 Gäste:
Hermann Böttcher
 v. Staats-Theater Berlin.
 Lieder zur Laute, Humoresken.
Paula Enders vom Stadttheater Danzig.
Heinz Breda vom Stadttheater Danzig.
 Karten Mk. 2.50 bis Mk. 10.—

Montag, den 23. Februar, abends 6 1/2 Uhr
 Leitung: Die Zaunf.
Kammermusik-Abend des
Premylav-Quartett
 Berlin.
 Kammeränger:
Ludwig Hess
 Königsberg.
 Am Flügel: Werner Göbel, Danzig.
 Karten Mk. 2.50 bis Mk. 10.—

Mittwoch, den 25. Februar, abends 6 1/2 Uhr
 Leitung: Hans Waldow.
Großer bunter Abend
 Mitwirkende: Mitglieder des Stadt-
 Theaters Danzig, Ballett des Stadt-
 theaters, Anschließend:
Großer Messeball
 Karten nebst Balkkarte Mk. 20.—

Vorverkauf für alle Veranstaltungen ab
 Montag, den 16. Februar auf der Messe im
 Hause der Danziger Zeitung, Hans Henss
 und Zigarrengeschäft Krüger & Oberbeck,
 Kohlenmarkt 34.

Spielplan des Stadttheaters:
 Mittwoch, den 18., abends 6 Uhr: Juchä.
 Donnerstag, d. 19., abends 5 1/2 Uhr: Lehmann.
 Freitag, d. 20., abends 6 Uhr: Madame Butterfly.
 Sonnabend, den 21., abends 6 Uhr: Gast-
 spiel Hermann Böttcher v. Staats-Theater
 Berlin, Fiedemann als Erzieher.
 Sonntag, den 22., nachmittags 2 Uhr: Die
 Räuberhöhle, abends 6 Uhr: Die Frau im
 Hemde.
 Montag, den 23., abends 5 Uhr: Peer Gynt.
 Dienstag, den 24., abends 6 Uhr: Revue-
 schauspiel.

Alle Vorstellungen finden außer Abonnement statt.
 Vorverkauf für alle Vorstellungen auf der
 Messe im Hans Henss, der Danziger Zeitung
 und an der Theater-Kasse. (402)

Spielplan des Wilhelm-Theaters.
 Mittwoch, den 18., abends 6 1/2 Uhr: Die
 Dollarprinzessin.
 Donnerstag, den 19., abends 6 1/2 Uhr: Drei
 alte Schenkeln.
 Freitag, den 20., 6 1/2 Uhr: Die Dollarprinzessin.
 Sonnabend, den 21., 6 1/2 Uhr: Ein Walzertraum.
 Sonntag, den 22., 6 1/2 Uhr: Die Dollarprinzessin.
 Montag, den 23., 6 1/2 Uhr: Bruder Leichtsinn.
 Dienstag, den 24., 6 1/2 Uhr: Kleine Hobeit.

Seit
1899



**Bewährt!
 Beliebt!
 Erprobt!**

Rähmscher Schnupftabak
 (gesetzlich geschützt)



aus edelsten Kentucky-Gewächsen mit Stengelbrand
 hergestellt, mit der Hand gekachelt, wieder lieferbar.

Tabakfabrik B. Schmidt, Nachf.
Fuhrmann & Meloch, Danzig, Rähm 16. (533)

Fernruf für Fabrik 3775. Fernruf für Einzelverkauf 2327.



Lichtspiele
 am Hauptbahnhof.
 Ab Mittwoch, d. 18. Februar
 täglich
 Fortsetzung des Riesen-
 Ma-May-Film-Cyklus
Die Herrin der Welt
VI. Teil
Die Frau mit
den Milliarden.
 Hauptrolle **Mim May.**
 Das imposante Riesen-
 filmwerk steigert sich
 von Akt zu Akt. Der
 größte Film der Welt
 nähert sich mit un-
 geheurer Spannung
 seinem Ende.
 Während der Danziger
 Messe täglich 4 Vor-
 führungen.
 3 Uhr, 4.40 Uhr, 7.20 Uhr
 und 8 Uhr.
 Kasseneröffnung:
 2.30 Uhr

Stadttheater Danzig.
 Direktion: Rudolf Schaper.
 Sonntag, den 22. Februar 1920, abends 6 Uhr
 Dauerkarten haben keine Gültigkeit.
Populäres Konzert
 (Walzerabend).
 Hierauf:
Tanzbilder.
 Gemüthliche Preise.
 Vorverkauf ab Freitag an der Theaterkasse.



Künstler-Spiele
Danziger Hof
 Hotel Danziger Hof - Eingang Dominikswall 6
 Dir.: Alex Bruns Confr.: Ludolf Köllisch

MESE-PROGRAMM
 Anni Klumphan - Maria Löwe - Vladabonas
 Bertha Horwit - Ludolf Köllisch - Lea Florenz

Max Goldberg u. Carmen Kahlig-Goldberg
 in ihrem Sketsch:
„Ein nächtlicher Gast“.

3 REEVES!!! u. Lola Gray (prolongiert).
 Kapellmeister Steffi - Adolf Karnbach.
 Am Flügel Bubi II.
 Anfang 7 Uhr.
 Künstlerwiese täglich 4 Uhr-Tea. (165)

Aula Petrischule Hansaplatz.
 Sonntag, den 22. Februar, nachm. 5 Uhr,
Schüler-Konzert
 zum Besten bedürftiger Kinder Kriegsbilder,
 veranstaltet von Edith Paal.
 Aus der Vortragsfolge: (545)
 Beethoven: Sonate op. 10 No. 1; Pathétique.
 Schubert: H-moll Symphonie. Schumann:
 Papillens. Liszt: Rhapsodie II; Polonaise II.
 Konzertflügel Blüthner v. d. Fa. Lipczynski.
 Karten Mk. 4.30 u. 3.00, Schüler 1.00, 1.10 u. 1.20.
 Laage 71 u. Petruski Laage, Hauptstr. 106 u. d. Adler.

Odeon **Eden**
 Dominikswall Lichtspiele Horzmöckel

Während der Messelage
 vom 18.—29. Februar sind unsere Theater
bis 11 Uhr geöffnet.

Beginn der letzten Vorstellung
9 Uhr. (559)

Odeon- u. Eden-Theater.

Filz- Hüte
 Velour- für Damen und Herren
 werden schmelzlos in unserer höchsten Fabrik nach
 neuester Form bei sorgfältigster Ausführung
umgepresst,
 gewaschen und gefärbt.
Stroh- und Filzhatzfabrik
Hut-Basar zum Strauß
 Annahmestelle
 nur Leuzoldgasse Nr. 5-7
 (gegenüber der Markthalle). (5307)

Deutscher Metallarbeiterverband
 Verwaltungsstelle Danzig.
 4. Damm 7 II, geöffnet 10—12 und 3—5 Uhr.

Vorsicht  **Frauen**
 verlangen **Regelstörung**
 bei **wirksamen Spezialmitteln.**
 Garantiert unbeschädlich.
 Schreiben Sie vertrauens-
 voll, wie lange Sie klagen.
 Direkt. Versand Bischoff,
 Hamburg 1, Schleusenstr. 111
 Es schreibt: Th. Sch. Er-
 folg trat schon nach
 4 Tagen ein; Ihr Mittel
 ist sehr gut. E. B. Dank
 für Mittel, welches zu
 meiner Zufriedenheit war;
 Wirkung nach 7 Tagen

anßerordl. Generalversammlung
 im Lokal von Steppuhn, Karthäuserstr.
 Tagesordnung:
 1. Die Arbeitslosigkeit bei Schicht und
 welche Maßnahmen sind zu ergreifen?
 Referent: Kollege Arczynski.
 2. Wahl eines Bürobeamten.
 Die außerordentlich wichtige Tagesordnung
 erfordert das Erscheinen eines jeden Delegierten.
 Mitgliedsbuch, Ausweis Karte und Einladung
 sind am Saaleingang vorzuzeigen. (561)

Former und Giebereiarbeiter.
 Sonntag, den 22. Februar, 9 Uhr vorm.,
Branchenversammlung
 in der Maurerherberge, Schlüsselbamm.
 Erscheinen dringend notwendig.
 Die Ortsverwaltung.

Korsetts
 aus guten Stoffen
 besonders billig.
Toska Gunkel
 9 Kohlenmarkt 9
 gegenüber d. Stadttheater.
 Filialen in vielen Großstädten.

Bekanntmachung.
 Mit dem heutigen Tage sind die Ge-
 schäftsräume der Allgemeinen Orts-
 krankenkasse für den Kreis Danziger
 Niederung von Pfefferstadt 5
nach Jopengasse 63
 verlegt worden.
 Sprechstunden von 9—1 Uhr.
 Fernsprecher 2443. (560)
 Danzig, den 17. Februar 1920.
 Der Vorstand
 der Allgemeinen Ortskrankenkasse
 für den Kreis Danziger Niederung.

Institut für Zahnleidende
Erich Mewald & Dr. med. Reinberger
 Spezialist für Zahn- | Spezialarzt für Zahn- u.
 ersatz. | Mandrkrankheiten.
 Pfefferstadt 71. | Telefon 2621.
 Sprechzeit v. 8—7 Uhr, Sonntags v. 9—12 Uhr.

Zahnersatz in **La Kautschuk und Gold** in höchster
 technischer Vollendung. Zahnfüllungen usw. zu der
 bekannt mäßigsten Kostenberechnung.
 Dankschreiben über schmerzloses Zahnziehen. Bei
 Bestellung künstlicher Zähne, Zahnziehen kostenlos.
 Spezialität: (209)
 Patent-Reform-Gebiß (D.R.P. 200603) plattenlos.
 Behandlung v. Auswärtigen mögl. in einem Tage

Expeditionen
 der
Danziger Volkstimme
 sind eingerichtet:

Danzig, Am Spendhaus 6,
 Dhrä, Paradiesgasse 32,
 Schildt, Zigarrengeschäft Wietke an der Ost-
 bahnhof 1, Ecke Hauptstraße,
 Bangfuhr, Barbiergeschäft von Ciesniewski,
 Karthäuserstr. 108,
 Weg 12, 1,
 Neufahrwasser, Herrn W. Walter, Saperstr. 41 b,
 Heubude, Herrn Th. Lehmann, Wasserstraße 3.
 Beschwerden über unpolitische oder unregelmäßige
 Zustellung sind in den Expeditionen
 oder bei nachstehenden Zeitungskommissions-
 mitgliedern anzubringen:
 Wuschke, Spendhausneugasse 4,
 Bachmann, Stiftswinkel 18,
 Wegner, Samtgasse 12 a,
 König, Hohe Seigen 11,
 Waack, Wallgasse 17,
 Schröder, Tischlergasse 48,
 Petkus, Büttelgasse 45,
 Leonhardt, Langgarten 97, Garth., pt.,
 Falk, Oberstraße 90,
 Raabe, Karthäuserstraße 38,
 Erdmann, Weinbergstr. 11 b,
 Schabach, Unterstr. 39.

Mit Fada nur allein
 wird die Wäsche blütenrein



F A D A
das ideale Seifenpulver
 mit Sauerstoffzusatz

Unreines Blut.
 Zur Blutreinigung u. Aus-
 scheidung aller Säure aus
 dem Säfte gibt es nichts
 Besseres als
Kathartisches Pulver.
 Schachtel Mk. 4.—
 Fabrikant und Vertrieb
 Apotheker Draesfel, Erfurt.
 Zu haben in Danzig in
 der Engel-Apothek u. der
 Bahnhof-Apothek. (6025)

Ziegenmilch
Hasenmilch
Kaninchen
 sowie alle übrigen
 Säure u. Fette kauft
 zu den besten Tages-
 preisen. (517)
 Auf Wunsch werden
 die Felle abgeholt.
J. S. Bauer,
 Filiale
 Danzig, Schenckstr.
 Erbschütter Weg 22.

Kleine Anzeigen
 in unserer Zeitung sind
 billig und erfolgreich